Das Wichtigste aus dem Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit [PDF – 1.8 MB] in Kürze mit einer Anmerkung zum Schluss. Wolfgang Lieb

Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit

- Die Arbeitslosigkeit hat von November auf Dezember um 114.000 oder 3,8 Prozent auf 3.102.000 zugenommen. Der absolute und relative Anstieg war deutlich stärker als im Durchschnitt der letzten drei Jahre (+38.000 oder +0,9 Prozent).

- Die Arbeitslosenquote, auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Dezember auf 7,4 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie um 0,7 Prozentpunkte ab. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb gegenüber dem Vormonat unverändert bei 7,6 Prozent.

- Im Dezember nahmen 967.000 Personen an Fördermaßnahmen teil, die kurzfristig allein durch die Teilnahme gesamtwirtschaftlich die Arbeitslosenzahl reduzieren.

- Im Monat Dezember befanden sich 1,64 Millionen Personen in einer von Bund oder Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme. Das waren im
  Vergleich zum Vorjahr 3,6 Prozent mehr.

- Im Dezember waren 44.300 Personen in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) beschäftigt; davon 92 Prozent im SGB II. Das waren 13 Prozent mehr als vor einem Jahr.

- In sozialversicherungspflichtigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante waren insgesamt 64.000 Arbeitnehmer beschäftigt, 2.000 mehr als vor einem Jahr. Darüber hinaus wurden 193.000 abhängige Arbeitnehmer durch beschäftigungsbegleitende Maßnahmen gefördert, 33.000 mehr als vor einem Jahr.

- In Arbeitsgelegenheiten (in der Mehraufwandsvariante) waren nach vorläufigen Angaben im November 300.000 Arbeitslosengeld II-Empfänger beschäftigt, 2.000 oder 1 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Geringfügige Beschäftigung, Lohnersatzleistungen und Arbeitslosengeld-Empfänger

- Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten hat nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit im Oktober 4,86 Mio. betragen, 23.000 oder
  0,5 Prozent weniger als vor einem Jahr. Darüber hinaus übten 2,32 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob aus, gegenüber dem Vorjahr 148.000 oder 6,8 Prozent mehr.

- 5.571.000 erwerbsfähige Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. Das waren 378.000 weniger als vor einem Jahr. Integrierte Auswertungen zu Leistungsbezug und Arbeitslosigkeit liegen für den August vor. Danach waren 48 Prozent der Leistungsempfänger arbeitslos gemeldet. Von allen Arbeitslosen erhielten 87 Prozent Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

- Von den 3.102.000 Arbeitslosen im Dezember wurden 998.000 oder 32 Prozent im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und 2.104.000 oder 68 Prozent im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Die Arbeitslosenzahl ist gegenüber dem Vormonat im Rechtskreis SGB III um 93.000 oder 10 Prozent und im Rechtskreis SGB II um
  21.000 oder 1 Prozent gestiegen.

- Die Zahl der Arbeitslosengeld II-Empfänger (erwerbsfähige Hilfebedürftige) belief sich im Jahresdurchschnitt nach einer vorläufigen Hochrechnung auf 5.005.000 Empfänger. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 272.000 oder 5 Prozent weniger Leistungsempfänger. Die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebten gemeinsam mit 1.895.000 nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in 3.572.000 Bedarfsgemeinschaften. Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige sind vor allem Kinder unter 15 Jahren (im gleitenden Jahresdurchschnitt bis August 2008: 96 Prozent).
  Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Hilfebedürftigen insgesamt um 341.000 oder 5 Prozent auf 6.899.000 verringert.
  Bezieht man die Hilfebedürftigen auf die Wohnbevölkerung unter 65 Jahren erhält man die SGB-II-Hilfequote; sie beläuft sich auf 10,5 Prozent und liegt damit um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

- Im Juni waren 27,46 Mio. Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt,

603.000 oder 2,2 Prozent mehr als vor einem Jahr.

- Dabei nahm die Vollzeitbeschäftigung um 373.000 oder 1,7 Prozent auf 22,44 Mio. zu, während die Teilzeitbeschäftigung um 230.000 oder 4,8 Prozent auf 5,00 Mio. zulegte.

- In Westdeutschland hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten drei Jahren um 1,03 Mio oder 4,9 Prozent zugenommen. Damit wurde der letzte Höchststand des Jahres 2001 allerdings immer noch knapp um 28.000 oder 0,1 Prozent verfehlt.

- Vor allem bei unternehmensnahen Dienstleistungen gab es einen kräftigen Anstieg. Von Juni 2007 bis Juni 2008 um 6,2 Prozent oder 225.000 auf 3,85 Mio erhöht. Zum Teil beruht dieser Zuwachs auf Arbeitnehmerüberlassung, die um 61.000 oder 9,6 Prozent zugenommen hat; ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten belief sich auf 2,6 Prozent.

- Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellen mit 68,0 Prozent zwar den größten Teil der Erwerbstätigen; ihre Bedeutung hat aber im Trend über die Jahre abgenommen: 2000 lag der Anteil noch bei 71,1 Prozent und 1994 bei 75,3 Prozent. Über die Jahre an Gewicht gewonnen haben vor allem Selbständigkeit und geringfügig entlohnte Beschäftigung.

- Bei den Minijobs gab es 2008 ein weiteres deutliches Plus. Ihre Zahl ist um 160.000 oder 7,8 Prozent auf 2,20 Mio. gestiegen. Beinahe jeder 12. oder 8,0 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat einen solchen Nebenjob.

- Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten blieb im Vorjahresvergleich praktisch unverändert bei 4,88 Mio. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen beläuft sich auf 12,1 Prozent.

- Die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante, die als Rechtsverhältnisse eigener Art in die Erwerbstätigenrechnung eingehen, lagen etwas unter dem Vorjahresniveau. Ihre Zahl hat sich um 10.000 auf 291.000 verringert.

Kurzarbeit

- Im November gingen Anzeigen für 164.000 Kurzarbeiter ein. Im Vergleich zum Vormonat war das ein Anstieg um 107.000 und im Vergleich zum Vorjahr um 125.000

angezeigte Kurzarbeiter.
Rechnet man die Anzeigen der saisonal geprägten Bau- und Landwirtschaft heraus und bildet damit den konjunkturell bedingten Arbeitsausfall ab, kommt man auf 138.000 angezeigte Kurzarbeiter; 87.000 mehr als im Vormonat und 126.000 mehr als vor einem Jahr.

Stellenangebot und Angebot an Arbeitskräften

- Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot hat im dritten Quartal deutlich abgenommen.
  Das gemeldete Stellenangebot (einschließlich geförderter Stellen) und darunter die ungeförderten Stellen für „normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die besser die Marktentwicklung widerspiegeln, haben im Dezember saisonbereinigt um 9.000 bzw. 11.000 abgenommen, nach jeweils -5.000 im Durchschnitt der zwei Monate zuvor.

- Nach jüngsten Angaben des IAB lag das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im dritten Quartal 2008 bei 998.000 Stellen. Das waren 129.000 oder 11 Prozent weniger als im Vorquartal und 255.000 oder 20 Prozent weniger als vor einem Jahr.

- Das Angebot an Arbeitskräften in Deutschland hat nach Einschätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung jahresdurchschnittlich weiter leicht abgenommen. Nach
  aktuellen Berechnungen gab es gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 76.000 auf 44,38 Mio. Der demografische Effekt minderte das Angebot in 2008 um 128.000.

Privater Konsum schwach

- Der private Konsum blieb weiter schwach, die erhoffte Belebung ist auch in diesem Jahr – trotz positiver Beschäftigungsentwicklung und steigender Löhne – ausgeblieben.

Höhe der Leistungen an Bedarfsgemeinschaften

- Eine Durchschnitts-Bedarfsgemeinschaft mit 1,9 Personen erhielt im August 2008 823 Euro an Geldleistungen aus der Grundsicherung. In diesem Betrag sind alle Leistungen der Grundsicherung zum Lebensunterhalt enthalten.

> Rechnet man die Sozialversicherungsbeiträge bzw. -zuschüsse und die einmaligen Leistungen heraus, erhielt eine Durchschnitts-Bedarfsgemeinschaft 662 Euro ausgezahlt. Dabei variieren die Leistungen deutlich nach Größe und Typ der Bedarfsgemeinschaft und reichen von durchschnittlich 693 Euro für eine Bedarfsgemeinschaft mit einer Person bis zu 1.346 für eine Bedarfsgemeinschaft mit 5 oder mehr Personen.

Anmerkung:

Olaf Scholz zeigte sich am Mittwoch besorgt. „Die Auswirkungen der weltweiten Konjunkturkrise sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt angekommen“, sagte er.
Als die Arbeitslosenzahlen ein wenig zurückgingen, lag das offenbar nicht an der Konjunktur, sondern die Vertreter der Bundesregierung haben dies als Erfolg ihrer Reformpolitik erklärt. Jetzt, da die Arbeitslosigkeit wieder ansteigt, liegt die Ursache für die Politik ausschließlich an der Konjunktur.
Hätte man diese Ursachenanalyse schon früher gehabt, dann hätte man, statt den größten Teil der politischen Energie auf die Arbeitsmarkt-„Reformen“ der Agendapolitik zu lenken, sich besser auf eine vernünftige Konjunkturpolitik konzentriert.